

**Antrag der Fraktion UFFBASSE vom 4. Juli 2023 betr. Maßnahmenpaket
Ausländeramt**



Pützerstraße 6
64287 Darmstadt
www.uffbasse-darmstadt.de

Darmstadt, 04.07.2023

Antrag

Maßnahmenpaket Ausländeramt

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat wird gebeten,

mit folgenden Maßnahmen auf die anhaltende Schieflage in der Darmstädter
Ausländerbehörde zu reagieren:

1.) Erhöhung der Bezahlung

- Erhöhung der Bezahlung/Erhöhung der Tarifstufen für die Beschäftigten
- Damit einhergehend natürlich auch eine höhere Eingruppierung für die
ausgeschriebenen Stellen

2.) Digitalisierung

- Hierunter fallen verschiedene Aufgaben. Primär geht es um die Entwicklung von e2e
Prozessen, um Verwaltungsleistungen der Ausländerbehörde zu automatisieren und zu
digitalisieren und den Menschen über ein Online-Portal nutzbar zu machen.
- Einrichten eines Chatbots, der die häufigsten Fragen beantworten kann
- Einrichten einer Wissensdatenbank mit Textbausteinen, um die Beschäftigten der
Ausländerbehörde zu entlasten.

3.) Begleitung der Umsetzung

- Einrichten einer „Task Force Ausländerbehörde“, in der Vertreter*innen aller
Fraktionen, der Ausländerbeirat, der TU, Vertreter der Wirtschaft und der
Forschungseinrichtungen in Darmstadt, der Dezernent und die Leitung der
Ausländerbehörde teilnehmen. Ziel einer solchen Task Force ist es, die
Prozessoptimierung zu begleiten und einen Bericht über die aktuellen
Entwicklungen zu erhalten.

Begründung

Die Zustände in der Darmstädter Ausländerbehörde bleiben erschreckend und sind nicht
länger hinnehmbar. Unzureichende Erreichbarkeit und ewige Wartezeiten sind nach wie vor die
Norm. Über Monate auf Rückmeldungen oder Termine zu warten, ist die Regel. Für etliche
Menschen übersetzt sich das in existenzgefährdende Situationen. Etwa wenn Aufenthaltstitel

nicht fristgerecht verlängert werden können und dadurch Zugänge zum Arbeits- und Wohnungsmarkt oder Sozialleistung erlöschen.

Über die unzumutbaren Verhältnisse berichtete wiederholt (bundesweit) die Presse. Aufsehen erregte auch ein Protestbrief der TU Darmstadt sowie der Studierendenvertretung. Dieser berichtete explizit vor existenzgefährdenden Zuständen für internationale Studierende in unserer Stadt.

Trotz der Aufstockung des Personals im Frühjahr 2023 um bislang 5 Stellen, einer Neuaufstellung der Arbeitsabläufe und der Beratung durch eine externe Beratungsfirma versammeln sich an jedem Wochentag bis zu 100 verzweifelte Menschen ab fünf Uhr morgens vor dem Luisencenter, um einen der raren Termine zu erhalten. Dies ist einer weltoffenen Stadt nicht würdig.

Von den geplanten zwölf Stellen konnten bisher nur fünf besetzt werden. Die Leitungsstelle für den Bereich „Ausbildung und Erwerbstätigkeit“ ist derzeit bereits zum dritten Mal ausgeschrieben worden, in der Hoffnung endlich qualifiziertes Personal finden zu können.

Die ausgeschriebenen Stellen müssen attraktiver werden. Das funktioniert primär über eine Erhöhung der Bezahlung. Dass solche elementaren Verwaltungsfunktionen wie der Ausländerbehörde in einer internationalen, weltoffenen Stadt wie die Darmstadt brach liegen und Stellen über Monate unbesetzt bleiben, darf nicht sein. Hier muss mit obererster Priorität gehandelt werden, ein Sparzwang verbietet sich an dieser Stelle.

Angesichts der demographischen Entwicklung und der Perspektive für den Arbeitsmarkt ist künftig mit sich immer weiter verknappendem Personalangebot zu rechnen. Um hier als Kommune handlungsfähig zu bleiben, müssen digitale Lösungen entwickelt werden. In Frankfurt am Main wurde jüngst ein Online-Portal für die Dienste der dortigen Ausländerbehörde vorgestellt. Das Portal entlastet das Personal der Behörde indem es zum Beispiel ermöglicht, verschiedene Anträge online zu stellen (inklusive Upload von Dokumenten und digitaler Unterschrift). Auch werden hier Antragsformulare in zehn verschiedenen Sprachen bereitgestellt. Diese werden den zuständigen Mitarbeitenden der Ausländerbehörde dann automatisiert in einer deutschen Übersetzung zugestellt. Ein solches Angebot verspricht eine immense Entlastung, sowohl für das kommunale Personal als auch Bürger:innen und entspricht auch einer modernen Arbeitsweise.

Last not least scheint es der Stadt trotz externer Beratungsleistung nicht möglich zu sein, die Situation zu verbessern. Dies ist weder für die Beschäftigten noch für die Ausländerinnen und Ausländer in Darmstadt länger hinnehmbar. Es gilt deshalb, alle Stakeholder an einen Tisch zu holen, alle Missstände offen zu legen und in regelmäßigen Abständen die Umsetzung der Veränderung zu begleiten und zu unterstützen.

Wir bitten um wohlwollende Prüfung unseres Antrags.

Vielen Dank.

Kerstin Lau, Marc Arnold, Sebastian Schmitt, Carmen Stockert, Till Mootz